



# Budapestre vonatkozó újságcikkek

Osztályozás

Tárgy

352

Hely

Idő

"1916"

Személy

Szerző: ~

Cím: *Der Bürgermeister über die Angriffe auf die hauptstädtische Verwaltung*

Forrás:

*Pester Lloyd*

Br

1916. X. 12.

(Hely)

(Idő)

(Köt. v. füz.)

(Oldal)

352

1916

## Der Bürgermeister über die Angriffe auf die hauptstädtische Verwaltung.

— Generalversammlung des Municipalausschusses. —  
Budapest, 11. Oktober.

Die erste Generalversammlung nach den Ferien, die heute nachmittag vonstatten ging, bot endlich dem Municipalausschuss Gelegenheit, die verhüllten und unverhüllten Angriffe, die von verschiedenen Seiten schon seit geraumer Zeit gegen die Hauptstadt gerichtet werden, öffentlich zurückzuweisen. Dem Protest der Stadtrepräsentanz verlied Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy in einer großangelegten Rede Ausdruck; in der er, nach einem ausführlichen Bericht über die Ergebnisse der in den Affären des Zita-Spitals und des Instrumentenbetriebes eingeleiteten Untersuchung, unter dem stürmischen Beifall der anwesenden Stadtväter sämtliche gegen die Verwaltung der Hauptstadt laut gewordenen Klagen mit sachlichen Daten widerlegte und die böswilligen Ausstreuungen gegen die Hauptstadt würdevoll und mit Selbstbewußtsein zurückwies. Ein großer Teil seiner Rede galt den Angriffen, die Abgeordneter Géza Polónyi jüngst wieder einmal gegen die Leitung der Hauptstadt und speziell gegen den Bürgermeister selbst gerichtet hatte. In wirkungsvoller Weise entkräftete Dr. Bárczy die Behauptungen Géza Polónyis; er rechnete ein für allemal mit diesem alten, unveröhnlichen Gegner der Hauptstadt ab, und es kam festgestellt werden, daß dieser zähe Mann heute in Bárczy seinen Meister fand. Vor den Argumenten des Bürgermeisters schrumpften die Anklagen Polónyis zu absoluter Wesenlosigkeit zusammen.

Der Bürgermeister hatte mit seiner großen Rede ungeheuren Erfolg; sie wurde häufig von lautem Beifall unterbrochen, und als Dr. Bárczy sie beendet hatte, bereitete ihm der ganze Municipalausschuss minutenlang begeisterte Ovationen.

Nach dem Bürgermeister ergriff Dr. Wilhelm Bá-

zsonyi das Wort, um seinen Antrag auf Abschaffung des Virilismus und Einführung des allgemeinen geheimen Wahlrechtes für die Gemeindevahlen zu begründen. Der Antrag Bázsonyis wurde vom größten Teile der Stadtväter als unzeitgemäß betrachtet, und man bedauerte, daß Dr. Bázsonyi, statt sich ebenfalls mit ganzer Kraft gegen die Feinde der Hauptstadt zu kehren, parteipolitische Tendenzen verfolgte, die geeignet wären, in der Stadtrepräsentanz politische Spaltungen herbeizuführen.

Den Standpunkt der Gegner des Bázsonyischen Antrages vertrat mit großer Wirkung Kurialrichter Dr. Wilhelm Gaár, der diese Bestrebungen Dr. Bázsonyis unter lebhaftem Beifall seiner Gesinnungsgenossen bekämpfte. Ja, sogar Johann Hof bezeichnete den Antrag Dr. Bázsonyis als unzeitgemäß. Dieser Redner hatte, gleich Bárczy, riesigen Erfolg; unbarmherzig zog auch er gegen Géza Polónyi los, dessen politisches Charakterbild er mit treffenden Worten schilderte.

Da noch mehrere Redner vorgemerkt waren, mußte die Beratung auf morgen vertagt werden.

Das große Interesse, das der heutigen Generalversammlung entgegengebracht wurde, offenbarte sich in der außerordentlichen Teilnahme der Stadtväter. Der Saal war so dicht gefüllt, wie es nur bei außerordentlichen Anlässen vorzukommen pflegt. Auch die Galerie war dicht besetzt.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Vorsitzender Dr. Stefan Bárczy widmet den verstorbenen Stadtrepräsentanten Dr. Stefan Györi und Dr. Franz Breitenfeld einen Nachruf, an deren Stelle Wilhelm Wolf und Ferdinand Göttermayer einberufen wurden.

Nach Verlesung der Einläufe trat Dr. Bárczy den Vorsitz an den Vizebürgermeister Dr. Theodor Bódy ab und hielt seine angekündigte Rede.

Die Rede des Bürgermeisters.

Seit unserer letzten Generalversammlung haben sich bei der Hauptstadt bedauerliche Vorfälle ereignet, über die Redner-

schaft zu legen ich mich verpflichtet fühle. In Verbindung mit diesen Vorfällen wurden von einem Teile der Presse, sowie im Abgeordnetenhaus gegen die Hauptstadt verschiedene Angriffe gerichtet, über die ich mich nicht stillschweigend hinwegsetzen kann. Die geehrte Generalversammlung möge mir daher gestatten, meinen auf all dies sich erstreckenden Bericht mit möglichster Ausführlichkeit zu erstatten.

Zunächst will ich über die im Zita-Spital und bei dem Instrumentenbetrieb vorgekommenen Unregelmäßigkeiten sprechen.

Die Affäre des Zita-Spitals.

Nach diesen einleitenden Worten beschäftigte sich der Redner eingehend mit der Affäre des Zita-Spitals. Sobald er von den Unregelmäßigkeiten in dem Spital Kenntnis erlangt hatte, leitete er sofort gegen den Magistratsrat Karl Buzay und die Spitalsbeamten Árpád Széjer, Franz Komoróczy und Alfons Horváth die dem Disziplinarverfahren vorausgehende Untersuchung ein; da sich im Laufe der Untersuchung ein gravierender Verdacht gegen Széjer ergeben hatte, verfügte der Redner, daß Széjer seiner

Stelle entzogen und das Untersuchungsmaterial der Staatsanwaltschaft übergeben werde. Nun setzt die Staatsanwaltschaft das Verfahren fort; Redner hat die Beschleunigung des Verfahrens urgirt, erhielt jedoch von der Staatsanwaltschaft bisher noch keine weitere amtliche Verständigung.

Die Affäre des Instrumentenbetriebes.

Sodann erstattet der Bürgermeister seinen Bericht über die Affäre des Instrumentenbetriebes. Er wies zunächst auf die Gründe hin, die die Schaffung des Betriebes notwendig gemacht haben, dann beleuchtete er jene Umstände, unter denen Aladár Dénes bei dem Betrieb angestellt wurde. Als der Krieg ausbrach, mußte die Institution, an die die außerordentlichen Verhältnisse besondere Anforderungen stellten, entsprechend erweitert und mit dem nötigen Personal versehen werden. Als Aladár Dénes dies erfahren hatte, ersuchte er, ihn probeweise anzustellen. Er wies ausgezeichnete Zeugnisse von mehreren Firmen der Branche vor; aus den Zeugnissen ging hervor, daß Dénes in den Jahren 1908 bis 1914 in der Branche in anerkannter Weise gewirkt hat, anfangs als Reisender, dann als leitender Beamter, schließlich als Direktor. Dieser Mann

ist nun vom Vizebürgermeister Bödy zu Beginn des Krieges als kommerzieller Beamter für das Materialdepot engagiert worden. Schon Ende des ersten Jahres hat das Depot nach dem Berichte der Buchhaltung unter der neuen Leitung sehr günstige Resultate und Ersparnisse in der Höhe von 129.070 Kronen erzielt. In dem Berichte der Buchhaltung wurde eine weitere Entwicklung der Anstalt als wünschenswert bezeichnet.

Als bald tauchten jedoch aus den Kreisen der Instrumenten- und Verbandszengfirmen bezüglich der Person Dénes' verdächtige Gerüchte auf, es wurde sogar eine Anzeige gegen ihn erstattet, deren Daten von der Firma J. Keleti, die Dénes zuvor warm empfohlen hatte, geliefert wurden. Trotzdem die eingeleitete Untersuchung die Grundlosigkeit der Klage ergeben hatte, wurde Dénes von der Hauptstadt auf den gerichtlichen Weg gegen seine Ankläger verwiesen. Das Gericht hat denn auch die Kläger wegen Ehrenbeleidigung verurteilt. Das ist die Geschichte der Anstellung Dénes' und seiner Tätigkeit im ersten Jahre. Gelegentlich der Verhandlung der Schlussrechnungen der Spitäler für 1915 meldete Oberrechnungsrat Seregi der Finanzkommission, wie billig der Betrieb für den Bedarf der Spitäler zu sorgen vermag, ferner, daß der Betrieb mit einem Reingewinn von 400.000 Kronen seine Bilanz schloß. Dieser Bericht war geeignet, sowohl die Finanzkommission als auch die Leitung der Hauptstadt vollkommen zu beruhigen.

#### Die Anzeige gegen Adará Dénes.

Der Bürgermeister beschäftigte sich nun mit der Anzeige, die Ladislav Jénes im August bei der Staatsanwaltschaft gegen Dénes erstattet hatte. Auf Grund der Anzeige leitete die Staatsanwaltschaft gegen Dénes die Untersuchung ein, gleichzeitig wurde auch bei der Hauptstadt eine Untersuchung eingeleitet, mit deren Durchführung Magistratsrat Eugen Márkus, der neue Chef der Sanitätssektion, betraut wurde. Am 13. September meldete Magistratsrat Márkus, daß in der Leitung und Kontrolle des Betriebes zahlreiche schwere Unregelmäßigkeiten und Fahrlässigkeiten vorgekommen sind. Auf Grund dieser Meldung ordnete der Redner gegen den Magistratsrat Karl Buzay und gegen die mit der Kontrolle des Betriebes betrauten Beamten Eduard Koblek und Desider Horpáczky die dem Disziplinarverfahren vorausgehende Untersuchung an, mit deren Leitung Vizebürgermeister Dr. Franz Déri betraut wurde. Gegen das Vermögen Adará Dénes' wurde zur Deckung etwaiger Schäden der Hauptstadt die Exekution durchgeführt.

Da über die Unregelmäßigkeiten und Fahrlässigkeiten, eventuell über die gegen das Strafgesetz verstoßenden Handlungen, sowie über die Frage der Schadenersatzpflicht das kompetente Gericht einerseits und andererseits der Disziplinarbeschluß entscheiden werden, will Redner diese Fragen unberührt lassen. Doch schon jetzt kann er melden: im Verlaufe der Disziplinaruntersuchung, sowie der bei dem Betrieb durchgeführten Untersuchung wurde zweifellos konstatiert, daß die Tätigkeit des Instrumentenbetriebes und des Materialdepots weder vom Gesichtspunkte der Geschäftsführung, noch vom Gesichtspunkte der Aufsicht und Kontrolle den Bestimmungen der vom Magistrat herausgegebenen Instruktionen entsprach. Laut dieser Instruktionen durfte der Betrieb in der Regel nur für die Aemter und Anstalten der Hauptstadt Waren liefern und Arbeiten verrichten, doch konnte der Magistrat ausnahmsweise gestatten, daß der Betrieb auch andere öffentliche Anstalten, Spitäler, Kliniken usw. mit Waren versorge; während des Krieges hat der Magistrat dem Betrieb in mehreren Fällen eine

schriftliche Erlaubnis hierzu erteilt. Trotzdem nun die Instruktionen nicht gestatten, daß der Betrieb an Privatfirmen Waren abgibt, hat der Betrieb dennoch in zahlreichen Fällen ohne Bewilligung des Magistrats an Privatfirmen Waren verkauft. Was den eventuellen Schaden der Hauptstadt betrifft, kann Redner derzeit keine genauen Angaben hierüber machen, doch schon jetzt kann konstatiert werden, daß der Instrumentenbetrieb der Hauptstadt finanzielle Vorteile gebracht und daß er seiner Bestimmung entsprechend, seine während des Krieges besonders schwierigen Aufgaben mit Erfolg gelöst hat, denn außer dem Spital in der Révészgasse und dem Zita-Spital sind noch weitere 26 Kriegsspitäler von dem Betrieb ausgerüstet worden.

#### Die Anständigkeit der hauptstädtischen Verwaltung.

Damit habe ich nun — fuhr der Bürgermeister fort — in den beiden bedauerlichen Affären den wahren Tatbestand mitgeteilt. Doch so bedauerlich das sporadische Vorkommen derartiger und ähnlicher Fälle auch sein mag, so müssen wir dennoch mit stärkster Ueberzeugung und Indignation gegen die Verdächtigungen und Insinuationen protestieren, die von den bekannten und unbekanntem Feinden der Hauptstadt ausgestreut und so eingestellt werden, als ob hier die Korruption Orgien feiern würde. In dem riesigen Mechanismus der Hauptstadt ereignen sich bei unseren zahlreichen großen Betrieben nur selten ähnliche Fälle. Wenn wir von Unregelmäßigkeiten und Mißbräuchen erfahren, leiten wir sofort eine strenge Untersuchung ein und ahnden jedes Vergehen. In dieser rapid sich entwickelnden Großstadt, wo so viele verschiedene materielle Interessen kollidieren, ist es mit Unterstützung von seiten der Generalversammlung und unter Mitwirkung des wackeren Beamtenkorps der Hauptstadt gelungen, ein solch ehrliches und anständiges System einzubürgern, auf das nicht nur die Bürgerschaft der Hauptstadt, sondern das ganze Land stolz sein kann. Jeder Organismus ist mit Fehlern behaftet und hat seine Parasiten; auch der unsere hat sie. Doch das System und der Geist, die ihn bewegen, sind anständig und

bei der Hauptstadt Geschäftsbücher gerichtlich beschlagnahmt wurden. Ist das nicht ein beleidigendes Mißtrauen?

Josef Krámer: Es waren die Bücher von Betrieben.

Dr. Wilhelm Báczsonyi: Befinden sich diese Betriebe in Privatbesitz? Sind sie nicht Eigentum der Hauptstadt? (Vorm.) Dieses Vorgehen gegen die Hauptstadt bedeutet einen Affront, den wir uns nicht ruhig gefallen lassen dürfen. Die Hauptstadt wird so angefeindet, daß es beinahe eine Schande ist, Stadtpräsident zu sein. Die Verdächtigungen finden im Publikum Glauben, denn das gequälte Publikum, das während des Krieges so viel zu leiden hat, ist für derlei Verdächtigung sehr empfänglich. Im Parlament hat sich die Hauptstadt niemals besonderer Popularität erfreut. Ueberhaupt die städtische Bevölkerung nicht, was Redner auf die Hezereien der agrarischen, clerikalen, reaktionären Kreise zurückführt. (Applaus.) Sogar für die Approvisionierungsschwierigkeiten wird die städtische Bevölkerung verantwortlich gemacht.

Redner richtet gegen die Regierung heftige Angriffe, die die große Masse hungern lasse, jede Art des Wuchers aber bulde.

Girardi: Was greifen Sie die Regierung an? (Lärm.)

Dr. Wilhelm Báczsonyi: Es ist von der Ehre der städtischen Bürgerschaft die Rede.

Girardi: Sie streiten damit den Samen des Hasses aus. (Lärm.)

Plötzlich fiel von der Galerie etwas in den Saal hinab. Die Stadtväter fuhren erschreckt zusammen, doch beruhigten sie sich, als sie sahen, daß der Gegenstand eine Düte mit Bonbons war, die einer auf der Galerie befindlichen Frau aus der Hand gefallen war.

Dr. Wilhelm Báczsonyi: Leider fehlt es uns an Lokalpatriotismus. Wir haben kein Rückgrat, deshalb schmächt und beschimpft uns jeder. Zum Schluß unterbreitete er seinen Antrag auf Einführung des allgemeinen geheimen Wahlrechtes. Man muß die Bürgerschaft der Hauptstadt organisieren. Wenn jede Schicht der Bevölkerung hier vertreten sein wird, wird die Hauptstadt wieder Freunde haben. Dann wird es wieder eine Ehre sein, Stadtpräsident zu sein. (Lebhafte Zwischenrufe und Applaus.)

Um 8 Uhr wurde die Sitzung abermals für zehn Minuten unterbrochen.

Nach der Pause sprach Emil Bértes. Er nimmt den Bericht des Bürgermeisters nicht zur Kenntnis. Bisher haben wir nichts anderes gehört, als eine Polemik gegen die Regierung. Dr. Báczsonyi hätte seine Rede im Abgeordnetenhaus, in Anwesenheit der Minister halten sollen, nicht aber hier, wo sie nicht den erwünschten Erfolg haben kann. Redner beschäftigt sich sodann mit den beiden Affären und spricht sein Bedauern darüber aus, daß während Tausende hungern, ein Magistratsrat Torten im Zitaspital für sich bestellt hat. (Lärm.) Er findet es als sonderbar, daß gegen kleine Beamte streng vorgegangen wird und nicht auch gegen den Vizebürgermeister Bödy, der mit der Kontrolle der beiden Anstalten betraut war. (Widerspruch.) Die Zeit des Vizebürgermeisters wird durch seine Agenden als Vizepräsident der Stadtbahn zu sehr in Anspruch genommen. Er hätte diese Stelle nicht annehmen sollen, weil sie mit der Vizebürgermeisterstelle inkompatibel ist. Einem anderen Vizebürgermeister wurde ebenfalls eine Stelle als Direktionsmitglied einer Unternehmung angeboten, doch hat er dieselbe nicht angenommen. (Rufe: Eljen Déri!) Redner beschäftigte sich sodann mit der Dénes-Affäre und bemerkte unter anderem, daß als Stadtpräsident Melkó die leitenden Kreise auf das Vorleben des Dénes aufmerksam machen wollte, er vom Bürgermeister nicht empfangen wurde.

Bürgermeister Bárczy: Das ist nicht wahr!

Schon bisher war die sehr aggressive Rede Emil Bértes' durch häufige Zwischenrufe gestört worden, doch bei seinen letzten Bemerkungen entstand ein solcher Lärm, daß der Redner eine Zeitlang sich nicht verständlich machen konnte.

Als wieder einige Ruhe eingetreten war, setzte Redner seine Angriffe gegen die schuldigen leitenden Beamten fort, trotz des heftigen Widerspruchs, den seine Worte häufig auslösten. Die aufgeregten Dialoge, die der Redner mit einigen der Zwischenrufer führte, brachten wohl einige Abwechslung, rufen jedoch nicht sehr zur Erhöhung des Niveaus der Debatte bei.

Zum Schluß seiner Rede bemerkte Bértes, daß wenn die Hauptstadt die Interessen der Bevölkerung besser am Her-

zen tragen werde, die Sympathien sich ihr wieder zuwenden werden.

Bartholomäus Melkó (in persönlicher Sache) bemerkt, er habe in der Dénes-Affäre beim Bürgermeister vorsprechen wollen, doch war der Bürgermeister abwesend.

Cirrus: Wie konnte also Wertes behaupten, daß Sie der Bürgermeister nicht empfangen wollten?

Dr. Wilhelm Gaár nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis. Er beanstandet es, daß man, so oft in einem großen Apparat ein Geschwür ausbricht, die Beamten als Witzge, die Mitglieder der Generalversammlung als Panamisten hinstelle. Die Ursache hiefür liege in dem maßlosen Haß, der in der Politik Blaz gegriffen hat. In den Saal der Generalversammlung, in dem die gemeinsame Mitwirkung aller benötigt wird, dürfe die Parteipolitik nicht hineingetragen werden. Der illustre Führer der herrschenden Demokratenpartei (Lebhafter Widerspruch bei den Demokraten: „Wir herrschen nicht!“) hat in der „Népköze“ erklärt, daß in diesem Saale die Partei der nationalen Arbeit dominiere. Dies hätte er nicht schreiben dürfen, denn in diesem Saale vertreten wir alle die Interessen der Hauptstadt und treiben keine Parteipolitik. Wenn Bázyonji mit einer ausgezeichneten Sache an uns herantritt — und er tut dies immer —, so folgt ihm die ganze Generalversammlung. Wenn er aber radikale Politik hieher bringt, so darf es ihn nicht wundernehmen, wenn sich hier Leute finden, die anderer Anschauung sind. Auf Grund der Abgeschlossenheit nach Bezirken läßt sich eine richtige und einheitliche Städtepolitik nicht betreiben. Wir müßten statt Haß Liebe und gegenseitige Achtung in diesen Saal bringen, und auch die Presse müßte die Angelegenheiten der Stadt objektiv beurteilen. In dieser Richtung bildet die Erklärung des Bürgermeisters, er wolle der Generalversammlung einen tieferen Einblick in die Angelegenheiten der Betriebe gewähren, einen wichtigen Schritt. Redner nimmt den hierauf bezughabenden Antrag Bázyonjis an, lehnt aber den Antrag betreffend den Virilismus und das allgemeine Wahlrecht als unzeitgemäß ab.

Johann Hoß ist der Ansicht, daß es keine Frage gebe, die nicht auch auf das Gebiet der Politik hinübergreife. Wenn Gaár die Politik aus dem Saale der Generalversammlung verbannen wolle, so sei er scheinbar mit Bázyonji in Uebereinstimmung, der doch auch jene Politik abschließen will, die ein Hemmnis der gemeinsamen Mitwirkung bildet. Redner

konstatiert, daß bei der Gründung der großen kommunalen Demokratenpartei das allgemeine Wahlrecht und die Aufhebung des Virilismus einen kardinalen Programmpunkt dieser Partei bildeten.

Wilhelm Bázyonji: So ist's! Wir haben auch dafür gestimmt; nur unter einer anderen Regierung, als das nicht gefährlich war!

Johann Hoß beleuchtet die Haltung der städtischen Generalversammlung in der Frage des Wahlrechtes und kommt zu dem Schlusse, daß es hier im Stadthause Parteien und Gegensätze immer geben werde, solange solche im Parlament bestehen. Der Antrag Bázyonjis berührt die wichtigste Frage der nahen Zukunft, in der wir auf Ueberraschungen gefaßt sein müssen. Redner hätte es lieber gesehen, wenn Bázyonji einen anderen Zeitpunkt für seinen Antrag gewählt hätte; die heutige Generalversammlung habe die Aufgabe, sich mit dem Bürgermeisterbericht zu befassen und die Beschuldigungen gegen den Magistrat und gegen die Generalversammlung zu bereinigen. Er billigt es, daß den aus den Schützen-

gräben heimkehrenden Kriegern politische Rechte eingeräumt werden, weshalb er auch seinerzeit zu dem Antrag sprechen wird. Hoß konstatiert, daß man dem Gemeininteresse einen Dienst leiste, wenn man die Mißbräuche aufdecke; schlimm sei es bloß, daß die für die großen Massen berechneten Blätter sich nicht ganz auf den Standpunkt der Objektivität stellen und generalisieren. Der Bericht des Bürgermeisters hat den Redner überzeugt, daß es in der Leitung der Hauptstadt niemandem in den Sinn komme, etwaige Verbrechen verhüllen zu wollen. Man kann schließlich vom Bürgermeister nicht erwarten, daß er sich um alle kleinen Angelegenheiten bekümmert. Er möge richtige Statuten schaffen und deren pünktliche Einhaltung überwachen; für die den einzelnen Sektionen unterstehenden Angelegenheiten können nur die Leiter der betreffenden Sektionen verantwortlich sein. Ereignisse, wie sie sich im Zita-Spital abgespielt, sind kleine Schmutzereien, die nicht vorkommen dürften. Der Instrumentenbetrieb hat besonders während des Krieges bedeutende Dienste geleistet, und hier obwaltet für die Hauptstadt bloß das *lucrum cessans*. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß Unregelmäßigkeiten vorgefallen sind, für die die Schuldigen zu büßen haben. Der Angriff im Parlament war das Werk einer persönlichen Rache. Polónyi überhäuft, seit er aus dem Generalversammlungs-saal geschieden, die Hauptstadt und ihren Bürgermeister ohne Verantwortung und leichtfertig mit Beschuldigungen. So oft etwas vorfällt, kommt „der große Zenerator“ und verleumdet. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.) Redner ist über die Methode, mit der Polónyi die Hauptstadt angegriffen, entrüstet.

Die Hausordnung des Abgeordnetenhauses bietet nicht die Möglichkeit, auf diese Angriffe im Hause antworten zu können. Redner erinnert an die Zeit des „nationalen Kampfes“, in der er mit Bázyonji im leitenden Ausschusse um die Lorbeeren gerungen, während Polónyi die Lorbeeren pflückte und sich zum Justizminister emporschwang. Es sei noch ein Glück, daß Polónyi damals nicht Minister des Innern geworden, denn wie hätte dann diese Generalversammlung ausgesehen! Von dem lebhaften Beifall der Generalversammlung begleitet, beleuchtete Redner den „Polónyismus“ und gab am Schlusse seiner Ausführungen dem Vertrauen für den Bürgermeister Ausdruck, der alle der Generalversammlung gemachten Versprechungen eingelöst hat. Den Bericht und den auf die Betriebe bezughabenden Antrag Bázyonjis nimmt Redner an.

Dr. Wilhelm Bázyonji reflektiert kurz auf die Reden Dr. Gaárs und Johann Hoßs.

Inzwischen war die Zeit stark vorgerückt und da noch mehrere Redner vorgemerkt waren, schloß der Vorsitzende auf Verlangen vieler Stadtrepräsentanten um halb 11 Uhr die Sitzung.

Die Debatte wird morgen nachmittags 4 Uhr fortgesetzt.

lyo:

osi h

Közl